

## Ein Mitmachhaushalt für Berlin

Es war ein ganz schöner Kraftakt. Am 23. Juni verabschiedete das Berliner Abgeordnetenhaus mit den Stimmen von Linken, SPD und Grünen den Haushalt des Landes Berlin für die Jahre 2022 und 2023. Damit endet auch die bislang geltende Haushaltssperre in der Stadt, es kann kräftig investiert werden. Insgesamt 76 Milliarden Euro ist das Haushaltspaket schwer - 38,7 Milliarden für dieses und 37,9 Milliarden für das kommende Jahr.

Erstmals in der Geschichte Berlins wurde auch Geld für einen landesweiten Beteiligungshaushalt eingestellt. Insgesamt 25 Millionen Euro stehen zur Verfügung, über die die Berlinerinnen und Berliner entscheiden können. Es ist ein Projekt, das mir ganz besonders am Herzen liegt. Bereits 2005 hatte der Bezirk Lichtenberg mit meiner maßgeblichen Mitwirkung, ich war damals Mitglied der BVV, den ersten „Bürgerhaushalt“ in einer deutschen Großstadt eingeführt. Er wurde seither zu einem vielzitierten Beispiel und Vorbild für Beteiligungshaushalte in Deutschland.

Nun also ein Beteiligungshaushalt für ganz Berlin. Der Senat und auch der Rat der Bürgermeister haben das Konzept bereits zur Kenntnis genommen. Mit der Entscheidung dafür haben wir ein paar Eckpunkte festgeschrieben. Es werden Vorschläge umgesetzt, die einen investiven Charakter haben. Pro Bezirk muss mindestens ein Vorhaben umgesetzt werden. Die jeweilige Höchstgrenze der Umsetzungskosten beträgt fünf Prozent des Gesamtbudgets und 20.000 Euro ist die Untergrenze.

Für den Start der öffentlichen Beteiligungsphase, also dem Zeitpunkt, an dem es nach den ganzen notwendigen Vorbereitungen und der entsprechenden Öffentlichkeitsarbeit richtig losgehen wird, ist der Herbst 2023 vorgesehen. Als erstes wird nun die notwendige Infrastruktur aufgebaut, die IT eingerichtet und Ansprechpartnerinnen und -partner benannt.

Anschließend können Bürgerinnen und Bürger ihre Vorschläge für Investitionsvorhaben einreichen, sowohl online als auch offline. Davon werden in einer ersten Durchsicht etwa 200 Vorschläge ausgewählt und auf ihre Umsetzbarkeit geprüft. Danach können alle Berlinerinnen und Berliner, die ihren Hauptwohnsitz hier haben, darüber abstimmen, welchen dieser Vorschläge sie verwirklicht sehen wollen. Die Vorhaben mit den meisten Stimmen werden dann umgesetzt.

Natürlich ist der Beteiligungshaushalt zunächst vor allem auch ein Pilotprojekt. All die Verfahren, Debatten und Entscheidungswege werden geprüft und begleitet – kurz, sie werden evaluiert. Und nicht wenige Teilnehmerinnen und Teilnehmer, davon bin ich fest überzeugt, werden eine überraschende Freude am Mitmachen erfahren.

*Hendrikje Klein,  
Mitglied der Fraktion DIE LINKE.  
im Berliner Abgeordnetenhaus*

## BVV-Splitter

### Mobile Sprechstunden für Familienservicebüro

In einem Antrag der Pankower Linksfraktion wird das Bezirksamt Pankow um Prüfung gebeten, wie die Angebote des Familienservicebüros um mobile Sprechstunden erweitert werden können.

Einige Berliner Bezirke bieten bereits mobile Sprechstunden an, die sehr gut angenommen werden. Pankow als familienreichster Bezirk sollte dem Vorbild folgen. Ein mobiles Angebot käme insbesondere unterstützungsbedürftigen Familien zu Gute, die aufgrund behinderter und/oder chronisch kranker Angehöriger nur eingeschränkt in der Lage sind, die standortgebundene Beratung in Anspruch zu nehmen.

Der Antrag wurde beschlossen.

### Sozialer Städtebau an der Elisabeth-Aue

Von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung wird die Entwicklung der Elisabeth-Aue angestrebt. Dazu fordert die BVV- Pankow die Einhaltung einer Reihe von Maßgaben.

So sollte z. B. die Fläche im Zusammenhang und mit Rücksicht auf die Umgebung entwickelt werden. „ Die Elisabeth-Aue sollte als moderner Stadtteil mit nach Norden und Westen hin abnehmender Geschosshöhe und als Grenze des Geschosswohnungsbaus konzipiert werden. Damit ein lebendiger Stadtteil entsteht, ist eine Mischung aus Mietwohnungen, Formen des Gemeinschaftswohnens und Kleingewerbe zusammenzustellen. Die Flächen... sollen dem gemeinwohlorientierten Sektor des Berliner Wohnungsmarktes zur Verfügung gestellt werden.“

Weitere Maßgaben betreffen z.B. die Einhaltung höchster ökologischer Ansprüche (Baustoffe, Energie/Wärme, Begrünung u.a.). Radverkehr und ÖPNV sollten ausgebaut und die Autonutzung reduziert werden.

Das Bezirksamt Pankow wird ersucht, sich in den Entwicklungsprozess einzubringen und frühzeitig auf die Erstellung eines Beteiligungskonzeptes hinzuwirken.

Das Anliegen wurde zum Beschluss erhoben.

### Milieuschutz um den Weißen See

In einem Antrag der Linksfraktion wird das Bezirksamt Pankow ersucht, „ bis zum Herbst 2022 mit Voruntersuchungen zu prüfen, ob und in welchem Umfang die Ausweisung von sozialen Erhaltungsgebieten in dem Bereich zwischen Pistoriusstraße, Berliner Allee, Indira-Gandhi-Straße, Hansastrasse, alte Industriebahntrasse, Rennbahnstraße und Am Steinberg möglich und sinnvoll ist. Im Ergebnis der Prüfung ist dem Ausschuss für Stadtentwicklung ein Ablaufplan für die Umsetzung vorzulegen, der in der zeitlichen Perspektive auch die gegebenenfalls jeweils erforderlichen vertiefenden Untersuchungen für die Festsetzung als soziales Erhaltungsgebiet umfassen soll.“

Die Ausweisung von Milieuschutzgebieten hat sich in der Vergangenheit bewährt, um die schlimmsten Auswüchse der Verdrängung abzumildern.

Der Antrag wurde beschlossen.